



## Niederschrift

### 40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 24.01.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

---

#### Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:55 Uhr (TOP 3.4)
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis/FDP	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt
Herr Becker, Hans	BV	entschuldigt
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Karl, Björn	Familien-Partei	entschuldigt
Frau Mönchmeier, Silke		entschuldigt
Herr Tack, Thomas		nicht anwesend
Herr Witschak, Jirka	SPD	nicht anwesend

#### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.12.2007
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
  - 2.1 Sachstandsbericht zum Rahmenvertrag Campus Am Jungferensee
- 3 Anträge
  - 3.1 Papierkörbe  
Vorlage: 07/SVV/0409  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
  - 3.2 Bäume im Volkspark  
Vorlage: 07/SVV/0954  
Fraktion Familien-Partei  
- Wiedervorlage -
  - 3.3 Einführung einer solaren Baupflicht für Neubauten  
Vorlage: 07/SVV/0968  
Fraktion Grüne/B90  
- Wiedervorlage -
  - 3.4 Bewohner-Parken  
Vorlage: 07/SVV/1051  
Fraktion BürgerBündnis/FDP
  - 3.5 Einrichtung von Gastparkplatzscheinen für Anwohner  
Vorlage: 07/SVV/1071  
Fraktion SPD
  - 3.6 Ausstattung von Parkuhren mit Kartenlesegeräten  
Vorlage: 07/SVV/1052  
Fraktion Familien-Partei
  - 3.7 Schutz von elektronischen Passdaten  
Vorlage: 07/SVV/1054  
Fraktion BürgerBündnis/FDP
  - 3.8 Lärmaktionsplan  
Vorlage: 07/SVV/1055  
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungsvorlagen
  - 4.1 Bildung von Wirtschaftseinheiten für Abfallentsorgung, Straßenreinigung Winterdienst und Pflege von Grünanlagen  
Vorlage: 07/SVV/1026  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
  - 4.2 Verwertung der Potsdamer Bioabfälle  
Vorlage: 07/SVV/1044  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
  - 4.3 Eisenhartstraße  
Vorlage: 07/SVV/1098  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
  - 4.4 Aufwertung von Kleingewässern im Kirchsteigfeld  
Vorlage: 07/SVV/1103  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
  - 4.5 Saisonaler Wärmespeicher für Heizkraftwerk Potsdam

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Ralf Jäkel. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dörschel bittet im Namen der Fraktion Grüne/B90 um Zurückstellung der DS 07/SVV/0968 zum Tagesordnungspunkt 3.3.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

*Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.12.2007

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

#### zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Frau E. Müller informiert, dass Herr Menzel (Mitglied im Ortsbeirat Groß Gliencke) auf Eingriffe in den Uferstreifen am Groß Glienicker See hingewiesen hat.

Herrn Ernst führt dazu aus, dass in den letzten Wochen vereinzelt ungenehmigte Veränderungen an den Gehölzbeständen in der Uferzone erfolgt sind. Hier hat die untere Naturschutzbehörde Ermittlungen aufgenommen und ordnungsbehördliche Maßnahmen eingeleitet. Bei den bekannt gewordenen Vorfällen handelt es sich jedoch eher um kleinere Verstöße gegen das Naturschutzrecht (Abschneiden von Ästen, Fällung eines abgebrochenen Baumes etc.). Herr Menzel erhält in den nächsten Tagen ein entsprechendes Antwortschreiben.

## zu 2.1 Sachstandsbericht zum Rahmenvertrag Campus Am Jungferensee

Frau Rademacher erinnert daran, dass in der letzten Sitzung des OUL-Ausschusses Anregungen zum § 6.2 sowie zum § 8 des Rahmenvertrages gegeben wurden.

Diese Anregungen wurden gemeinsam mit Entwicklungsträger Bornstedter Feld geprüft.

Herr Hermann (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) weist darauf hin, dass die vorliegende Rahmenvereinbarung inhaltsgleich zur bisherigen Rahmenvereinbarung ist.

Bei Abschluss der Rahmenvereinbarung 2002 wurde davon ausgegangen, dass auf dem in rede stehenden Areal überwiegend gewerbliche Nutzung stattfinden soll.

Danach ist durch die veränderte Nachfragesituation beim Investor eine veränderte Nutzungssituation, nämlich vorrangig Wohnnutzung und Reduzierung der gewerblichen Nutzung, entstanden.

Entsprechend dieser Veränderung war auch eine Anpassung der städtebaulichen Planung sowie der Rahmenvereinbarung erforderlich.

Die Pflicht zur Beseitigung von Verunreinigungen hat der Voreigentümer, die Brandenburgisch Bodengesellschaft (BBG). Im Hinblick auf die Bodenkontamination hat die BBG ihre Sanierungspflichten voll erfüllt. Aufgrund des grundsätzlich nicht auszuschließenden Restrisikos, auch noch Jahre später in größerer Tiefe Restverunreinigungen zu finden, wurde von Seiten des Investors auf diese Klausel Wert gelegt.

Herr Bolze informiert, dass die Sanierung in den wesentlichen Komponenten, die vereinbart sind, abgeschlossen ist. Alle Altlasten, die einer Bebauung entgegen stehen, sind beseitigt. Er empfiehlt, den Passus im Vertrag zu belassen.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass eigentlich das Land Brandenburg haften müsste, wenn die BBG nicht mehr existiert.

In diesem Fall übernimmt der Entwicklungsträger die Haftung für das Land Brandenburg.

Herr Hermann hält dies nicht für zielführend.

## zu 3 Anträge

### zu 3.1 Papierkörbe Vorlage: 07/SVV/0409

Frau Kluge informiert, dass die Erfassung der Papierkörbe abgeschlossen ist und bereits als Datenbank vorliegt. Im Rahmen des vorhandenen Budgets werden derzeit die Möglichkeiten einer effektiven Bewirtschaftung geprüft.

Eine entsprechende Mitteilungsvorlage mit einer Zwischeninformation wird zur Zeit erarbeitet. Im Sommer 2008 erfolgt dann der endgültige Bericht.

Herr Dr. Schlomm stellt fest, dass die Verwaltung „auf einem guten Weg“ ist.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass die Leerung der Papierkörbe auch eine wirtschaftliche Frage ist.

Frau Kluge informiert, dass der größte Anteil der Papierkörbe durch die STEP entleert werden. Dies trifft z.B. für alle Papierkörbe im öffentlichen Straßenraum sowie ca. 90 % der Papierkörbe der Haltestellen des ViP zu. Lediglich ein Teil der Papierkörbe auf Grünflächen werden nicht durch die STEP bewirtschaftet.

Herr Lehmann schlägt vor, in der heutigen Sitzung keine Abstimmung vorzunehmen, da die Verwaltung zugesagt hat, bis zum Sommer zu berichten.

Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

*Der Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft ist in der Sitzung am 17. April 2008 über den Stand zu informieren. Die Drucksache wird bis April 2008 vertagt.*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Dem Geschäftsordnungsantrag wird zugestimmt. Die Drucksache wird bis zum 17. April 2008 vertagt.*

Herr Jäkel ändert den letzten Satz im Antragstext wie folgt:

*Die Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2008 über den Stand zu informieren.*

**zu 3.2 Bäume im Volkspark**  
**Vorlage: 07/SVV/0954**

Herr Utting bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Kapuste macht deutlich, dass aus seiner Sicht keine Notwendigkeit besteht, am Wasserspielplatz Bäume zu pflanzen.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass man dadurch eine Verschattung des Wasserspielplatzes bewirken würde.

Herr Lehmann regt an, den Antrag zurückzustellen und zur nächsten Sitzung einen Vertreter des Entwicklungsträgers einzuladen, um die Situation darstellen zu können.

Frau Schneider (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass die Verwaltung mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld übereinstimmt, dass eine Bepflanzung hier nicht erforderlich ist.

Herr Lehmann bittet um eine bildliche Darstellung der Situation.

Er beantragt Zurückstellung der Drucksache und bildliche Darstellung der Situation durch den Entwicklungsträger.

Herr Utting schließt sich dem Vorschlag von Herrn Lehmann an und bittet um Zurückstellung des Antrages bis März und um bildliche Darstellung der Situation.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass der gesamte Park bewusst angelegt wurde. Hier sollte nicht willkürlich eingegriffen werden.

Frau Schneider informiert, dass der Betreiber des Cafés neben dem Wasserspielplatz seine Bereitschaft erklärt hat, eine größere Anzahl von Schirmen auf-

zustellen.

Herr Utting fragt, wo diese zusätzlichen Schirme aufgestellt werden sollen.

Herr Kapuste weist darauf hin, dass dieser Wasserspielplatz immer gut angenommen wurde.

Herr Lehmann stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:  
Zurückstellung der Drucksache um zwei Monate und bildliche Darstellung der Situation durch den Entwicklungsträger.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 5

Stimmhaltung: 1

*Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.*

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld dafür Sorge zu tragen, dass am Wasserspielplatz sowie im Wiesenpark des Volksparks schnellwachsende Bäume gepflanzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 6

Stimmhaltung: 1

*Der Antrag wird abgelehnt.*

**zu 3.3 Einführung einer solaren Baupflicht für Neubauten**  
**Vorlage: 07/SVV/0968**

*Die Drucksache wird vertagt.*

**zu 3.4 Bewohner-Parken**  
**Vorlage: 07/SVV/1051**

Herr Arndt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kluge weist darauf hin, dass die Parkraumbewirtschaftung in der Potsdamer Innenstadt auf dem von der Stadtverordnetenversammlung Ende 2004 beschlossenen Parkraumbewirtschaftungskonzept basiert. Im betreffenden Bereich der Berliner Straße ist gemäß diesem die Einführung des Bewohnerparkens nicht vorgesehen.

Der aus dem Kulturstandort Schiffbauergasse erwachsende Parkbedarf soll durch das sich momentan im Bau befindliche Parkhaus vollständig abgedeckt werden. Bis zur Fertigstellung im Frühsommer 2008 sind auf dem Areal vom Entwicklungsträger provisorische Parkplätze eingerichtet und ausgeschildert worden. Sollte sich nach der Fertigstellung des Parkhauses die Einführung des Bewohnerparkens im Bereich der Parallelfahrbahn der Berliner Straße als verkehrlich notwendig erweisen, bedarf es hierzu einer verkehrsplanerischen Untersuchung und Überarbeitung des benannten Parkraumbewirtschaftungskonzepts mit an-

schließender Bestätigung durch die StVV. Erst dann kann dieser Bereich als Bewohnerparkbereich ausgewiesen werden.

Herr Mühlberg regt an, die Berliner Straße bei einer Untersuchung zu unterteilen, da die Besucher des Theaters nicht in unmittelbarer Nähe der Glienicker Brücke parken werden. Er hält aber die von Frau Kluge angekündigte Untersuchung für sinnvoll.

Frau Kluge weist darauf hin, dass die Einrichtung eines Bewohnerparkbereiches immer eine Überarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes voraussetzt.

Herr Lehmann fragt, welche Kosten dann auf die Verwaltung hinzu kämen.

Frau Kluge kann zu den Kosten keine Aussagen treffen. Es werden aber definitiv Kosten entstehen.

Herr Mühlberg schlägt vor den Antrag zu ändern in „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen...“.

Herr Arndt ändert „einzurichten“ in „zu prüfen“.

Herr Lehmann spricht sich gegen den Antrag aus, da er hier keine Notwendigkeit erkennen kann.

Herr Arndt stellt den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurück, um den Antragstext präzisieren zu können.

### **zu 3.5      Einrichtung von Gastparkplatzscheinen für Anwohner** **Vorlage: 07/SVV/1071**

Herr Mühlberg bringt den Antrag ein und begründet diesen kurz.

Frau Kluge weist darauf hin, dass dies rechtlich nicht möglich ist. Sie erklärt, dass mit Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) im Dezember 2001 auch eine Änderung des Berechtigtenkreises für Bewohnerparkausweise erfolgt. Ein solcher darf von der Behörde nur an denjenigen erteilt werden, der im betreffenden Bereich meldebehördlich registriert ist (auch Nebenwohnsitz) und dort tatsächlich wohnt. Auch nur ein Parkausweis pro Bewohner für ein auf ihn zugelassenes oder von ihm nachweislich dauerhaft genutztes Kraftfahrzeug kann erteilt werden.

Die Möglichkeit der Ausstellung von Bewohnerparkausweisen an Besucher ist seit dem nicht mehr gegeben.

In begründeten Ausnahmefällen ist es jedoch möglich, Besuchern eine Ausnahmegenehmigung zur Fahrzeugabstellung in Bewohnerparkbereichen zu erteilen. Derartige Ausnahmen unterliegen entsprechend der Rechtslage einer straßenverkehrsrechtlichen Einzelfallprüfung und können z.B. bei stark Gehbehinderten, Hochschwangeren oder sehr betagten Mitbürgern vorliegen. Es bedarf des Nachweises, dass der das Kraftfahrzeug führende Besucher physisch nicht in der Lage ist, die Wegstrecke von wenigen hundert Metern zwischen einem nicht für Bewohner reservierten Parkplatz und dem Besuchsziel zurückzulegen.

Herr Kümme weist auf die aus seiner Sicht schwierige Situation im Bereich der Straßen Am Alten Markt und Am Kanal hin. Während am Alten Markt fast ausschließlich Bewohnerparkplätze sind, ist der Parkplatz Am Kanal gebührenpflich-

tig. Hier ist zu prüfen, ob die freien Parkplätze nicht ausreichend sind.

Frau Kluge weist darauf hin, dass hier per Gesetz die Bewohner zu schützen, andererseits aber alle gleich zu behandeln sind. Sie weist auch darauf hin, dass eine Änderung in diesem Bereich lediglich eine Verlagerung der Probleme nach sich ziehen würde.

Herr Mühlberg stellt den Antrag zurück und wird in der Fraktion darüber beraten, ob der Antrag zurückgezogen wird.

**zu 3.6      Ausstattung von Parkuhren mit Kartenlesegeräten**  
**Vorlage: 07/SVV/1052**

Herr Utting bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Dr. Lotz fragt den Einbringer, in welchen Städten die Zahlung mit Karte möglich ist.

Herr Utting erklärt, dass dies in Berlin möglich ist. Er weist darauf hin, dass dies ein Prüfauftrag ist.

Herr Schenck informiert, dass zu Testzwecken in Babelsberg 6 Parkscheinautomaten mit Chip-Karten-Funktion ausgestattet waren. Diese wurden sehr wenig angenommen. Die Investition war um ein vielfaches höher als die erzielten Einnahmen. Er informiert, dass derzeit für Potsdam die Anwendung des Handy-Parken ange-dacht ist.

Herr Kapuste hält den Antrag für verfrüht.

Herr Utting bittet um Informationen durch die Verwaltung zur Möglichkeit des Handy-Parkens als Alternative.

Herr Schenck sagt dies zu.

Herr Jäkel wird dies unter Mitteilungen der Verwaltung in die Tagesordnung der nächste Sitzung aufnehmen.

Herr Utting zieht vor den Hintergrund der gegebenen Informationen den Antrag zurück.

**zu 3.7      Schutz von elektronischen Passdaten**  
**Vorlage: 07/SVV/1054**

Herr Arndt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kluge informiert, dass der ePass in zwei Stufen von unberechtigtem Zugriff geschützt ist. Die erste Stufe BAC (Basic Access Control) wird bereits seit 2005 eingesetzt, um das Gesichtsbild und die biografischen Daten im ePass vor un-beberechtigtem Zugriff zu schützen. Die zweite Stufe EAC (Extended Access Control) wird seit 2007, zum zusätzlichen Schutz der Fingerabdruckdaten, eingesetzt.

Beim Zugriffsschutz BAC erhält ein Lesegerät vom Chip im ePass zunächst eine,



eigens für den aktuellen Zugriff, generierte Zufallszahl zugeschickt. Mit dieser Zufallszahl und der im ePass abgedruckten MRZ (Maschine Readable Zone) kann das Lesegerät die Kommunikation aufbauen und die durch BAC geschützten Daten empfangen. Auf diese Weise wird einerseits sichergestellt, dass das Lesegerät physikalischen Zugriff auf den ePass hat (Kenntnis der MRZ) und andererseits, dass ein ePass ohne Kenntnis der MRZ nicht identifizierbar ist (Generierung einer Zufallszahl). Ein Angreifer könnte die durch BAC geschützten Daten im ePass also nur Auslesen, wenn er Zugriff auf diesen hat und erhält selbst dann nicht mehr Daten, als er durch das optische Ablesen der im ePass abgedruckten Daten erhält.

Da die Fingerabdrücke besonders sensitive Daten sind, werden sie zusätzlich durch den Zugriffsschutz EAC geschützt. Der Zugriffsschutz EAC basiert auf der gegenseitigen Authentisierung von Chip und Lesegerät durch eine gültige Zertifikatskette. Der Chip weist durch das in ihm gespeicherte Zertifikat gegenüber dem Lesegerät nach, dass er und die auf ihm hinterlegten Daten authentisch sind. Andersherum muss aber auch das Lesegerät, mit einer gültigen Zertifikatskette, welche vom Chip im ePass überprüft wird, nachweisen, dass es berechtigt ist auf die Fingerabdruckdaten zuzugreifen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nur entsprechend autorisierte Lesegeräte vollen Zugriff auf die im Chip abgespeicherten Daten erhalten.

Zusätzlich zu den oben genannten Verfahren ist der Zugriff auch durch die physikalischen Eigenschaften des Chips und der Antenne stark eingeschränkt. Diese ermöglichen das aktive Auslesen des ePass lediglich im Abstand von maximal 20cm. Wobei dieser Maximalwert nur unter Laborbedingungen erreicht werden kann und ein Reichweite von 10cm bis 15cm unter Normalbedingungen realistisch ist.

Frau Kluge schlägt vor, im Bürgerservice die Adresse auszulegen, wo der Bürger die Schutzhüllen erhalten kann.

Herr Mühlberg hat herausgefunden, dass es so gut wie unmöglich ist, unter realen Bedingungen an die Daten heranzukommen.

Herr Walter weist darauf hin, dass dies als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme gedacht ist.

Herr Arndt sieht den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt und bittet, eine Information auf den Erwerb der Schutzhüllen im Bürgerservice.

### **zu 3.8      Lärmaktionsplan** **Vorlage: 07/SVV/1055**

Herr Kümmel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst informiert dass die Landeshauptstadt Potsdam gemäß „Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ vom 24.06.2004 verpflichtet ist, bis zum 18.07.2008 für ihr Gebiet einen Lärmaktionsplan aufzustellen.

Die LHP hat im November 2007 einen Auftrag für die Erstellung eines Lärmaktionsplanes ausgelöst. Dieser Plan ist der Verwaltung bis zum 18.06.2008 vorzulegen.

Zur Sicherung einer frühzeitigen und ständigen Begleitung des Planungsprozesses wird eine Arbeitsgruppe „Lärmaktionsplan“ eingerichtet. Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe ist für den 12.02.2008 geplant.

Am 12.02.2008 um 18:00 Uhr wird eine Bürgerveranstaltung durchgeführt.

Herr Ernst macht deutlich, dass der Lärmaktionsplan der Stadtverordnetenversammlung aufgrund des erforderlichen zeitlichen Vorlaufs erst zur Sitzung am 10.09.2008 vorgelegt werden kann.

Herr Kümmel ist bereit, den letzten Satz seines Antrages zu streichen. Er bitte um eine entsprechende Mitteilungsvorlage nach der Bürgerversammlung für die Stadtverordnetenversammlung im März 2008.

Frau Müller weist darauf hin, dass dies zeitlich nicht möglich ist. Sie bietet an, den Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft in der Februar-Sitzung zu informieren.

Herr Walter weist darauf hin, dass dies durch die Verwaltung bereits öffentlich thematisiert wurde.

Frau Dr. Lotz stimmt dem zu. Sie bittet um regelmäßige Informationen im OUL-Ausschuss.

Frau Müller sagt zu, in der Sitzung am 21.02.08 unter „Mitteilungen der Verwaltung“ über die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe sowie die Bürgerversammlung zu informieren.

Herr Utting schlägt vor, ja nach Bedarf im OUL-Ausschuss zu informieren.

Herr Kümmel zieht den Antrag zurück.

#### **zu 4            Mitteilungsvorlagen**

##### **zu 4.1        Bildung von Wirtschaftseinheiten für Abfallentsorgung, Straßenreinigung Winterdienst und Pflege von Grünanlagen Vorlage: 07/SVV/1026**

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

##### **zu 4.2        Verwertung der Potsdamer Bioabfälle Vorlage: 07/SVV/1044**

Herr Döschel ist mit den Ausführungen in der vorliegenden Mitteilungsvorlage nicht zufrieden. Er fragt, ob es eine Möglichkeit der Verhandlung mit den MEAB gibt, in Vorketzin eine Vergärungsanlage einzurichten.

Herr Jäkel hält die Ausführungen für begründet dargelegt. Er weist darauf hin, dass dies im Antrag nicht gefordert war.

Frau Zierock erklärt, dass in Vorketzin eine mechanisch-biologische Anlage betrieben wird. Sie weist auf die öffentliche Ausschreibung im Jahre 2004 hin und macht deutlich, dass die Ausschreibungsunterlagen keinerlei anlagen- und verfahrenstechnische Einschränkungen hinsichtlich des Abfallentsorgungsmodells hatten.

Sie macht auch darauf aufmerksam, dass in dieser Anlage der Abfall aus Potsdam nicht gesondert behandelt wird.

Herr Lehmann verweist auf den bestehenden Vertrag mit der STEP, der bis 2014 läuft.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.3 Eisenhartstraße**  
**Vorlage: 07/SVV/1098**

Herr Arndt fragt, wann mit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung zu rechnen ist.

Frau Kluge hat Informationen, dass diese in 2008 wirksam werden soll. Erst danach kann die Verwaltung tätig werden. Sie sichert zu, den Ausschuss zu informieren, sobald ihr Informationen vorliegen.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.4 Aufwertung von Kleingewässern im Kirchsteigfeld**  
**Vorlage: 07/SVV/1103**

Herr Kümmel spricht sich lobend über die Mitteilungsvorlage aus. Er fragt, ob es bereits Gespräche mit dem Klärwerk Stahnsdorf, Potsdam-Mittelmark und der EWP gab, um innerhalb des Jahres bis zum nächsten Bericht nach Lösungen zu suchen.

Herr Jäkel rät auch zu Gesprächen mit dem Ziel, gereinigtes Wasser aus dem Klärwerk dem Graben zuzuführen.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass das Grundwasser in diesem Bereich nicht steigen wird. Er macht deutlich, dass ein erneutes Gutachten weitere Kosten verursachen wird, ohne die Situation zu verändern.

Herr Utting bittet darum, dass bei Vorliegen des Gutachtens im Dezember 2008 eine Entscheidung getroffen wird.

Herr Kümmel bittet um Kontaktherstellung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, um hier eine Änderung herbeizuführen, da das Grundwasser durch menschliches Handeln zurückgegangen ist. Aus seiner Sicht sollte der Hirtengraben nicht aufgegeben und zugeschüttet werden.

Herr Eberhardt (Gutachter) macht deutlich, dass Ende der 80er Jahre die Verrieselung durch das Klärwerk Stahnsdorf eingestellt wurde und somit der Grundwasserspiegel in einem Zeitraum von ca. 10 Jahren um mehr als zwei Meter zurückgegangen ist. Ein durchgehender Zufluss findet nicht mehr statt. Er erklärt, dass eine Möglichkeit der Verbesserung der Situation die Einleitung von Grundwasser über Brunnen wäre. Dies müsste dann durch das Landesumweltamt genehmigt werden.

Herr Jäkel fragt, ob verwaltungsseitig schon ein Genehmigungsverfahren zur Einleitung von gereinigtem Wasser eingeleitet wurde.

Frau Dr. Lotz bittet um die Darstellung der entstehenden Kosten.

Frau Schneider (FB Grün- und Verkehrsflächen) nimmt dies mit und sagt die entsprechenden Informationen zu.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass diese Gräben vor 30 Jahren benötigt wurden, da die Fläche landwirtschaftlich genutzt wurde. Jetzt gibt es eine andere Situation.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.5      Saisonaler Wärmespeicher für Heizkraftwerk Potsdam  
Vorlage: 07/SVV/1107**

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 5            Sonstiges**

Herr Lehmann weist darauf hin, dass in der Friedrich-Ebert-Straße von Gutenbergstraße bis Mittelstraße in Richtung Nauener Tor Parkuhren aufgestellt wurden. Wobei auf der anderen Straßenseite Parkverbot ist. Er fragt ob es möglich ist, auch ohne Parkraumbewirtschaftungskonzept Parkuhren aufzustellen.

Frau Müller sagt Information dazu in der nächsten Sitzung des OUL-Ausschusses zu .

Herr Dr. Grittner hat aus der Zeitung erfahren, dass die Stadt in Uetz-Paaren im Rahmen des Flächennutzungsplanes einen Windpark errichten will. Er weist darauf hin, dass dies nicht mit dem Ortsbeirat beraten wurde.

Frau Müller wird dies an Frau Dr. von Kuick-Frenz weitergeben.

Frau Dr. Lotz weist darauf hin, dass Fahrradfahrer in der Innenstadt oft auf die Fahrbahn ausweichen müssen, weil parkende Autos weit in die Fahrradspur ragen. Dies trifft z.B. für die Hebbelstraße, aber auch für andere Straßen zu, in denen Autos quer zur Fahrbahn parken.

Frau Müller wird dazu in der nächsten Sitzung des OUL-Ausschusses Aussagen treffen.

**Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:  
21. Februar 2008; 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

**Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Ausschussbetreuerin**